

3. Sitzung

des Kreistages

Tag der Sitzung

15.12.2014

ORT DER SITZUNG

Kelheim

VORSITZENDER: Dr. Hubert Faltermeier

ZAHL ALLER KREISTAGSMITGLIEDER: 60 Kreisräte (zzgl. Landrat)

NAMEN DER ANWESENDEN UND STIMMBERECHTIGTEN KREISRÄTE:

Franz Aunkofer, 93309 Kelheim
Herbert Blascheck, 84085 Langquaid
Dr. Bastian Bohn, 93326 Abensberg

traf um 14:12 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Ursula Brandlmeier, 93333 Neustadt/Donau
Eduard Brücklmaier, 84048 Mainburg
Konrad Dichtl, 93333 Neustadt/Donau
Willi Dürr, 93351 Painten
Josef Egger, 84048 Mainburg
Matthäus Faltermeier, 84094 Elsendorf
Edgar Fellner, 84048 Mainburg
Dr. Andreas Fischer, 93326 Abensberg
Wolfgang Gural, 93326 Abensberg
Ferdinand Hackelsperger, 93077 Bad Abbach
Josef Häckl, 93346 Ihrlersstein
Christian Hanika, 93077 Bad Abbach

verließ die Sitzung um 16:35 Uhr
bei TOP 7.

Sebastian Hobmaier, 93342 Saal/Donau
Josef Hofmeister, 93077 Bad Abbach
Petra Högl, 84106 Volkenschwand
Martin Huber, 84048 Mainburg

traf um 15:08 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Franz Kiermaier, 93354 Siegenburg

traf um 14:07 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Martin Kiermeyer, 84089 Aiglsbach
Andreas Kreitmeier, 84048 Mainburg
Dr. Heinz Kroiss, 93326 Abensberg
Christiane Lettow-Berger, 93309 Kelheim
Reinhard Listl, 93309 Kelheim

verließ die Sitzung um 16:22 Uhr
bei TOP 7.

Siegfried Lösch, 93339 Riedenburg

Werner Maier, 84048 Mainburg
Fritz Mathes, 93309 Kelheim
Karl Mirwald, 93309 Kelheim
Martin Neumeyer, 93326 Abensberg

verließ die Sitzung um 16:10 Uhr
bei TOP 5.

Jörg Nowy, 93343 Essing
Thomas Obster, 84094 Elsendorf
Josef Pletl jun., 93309 Kelheim
Konrad Pöppel, 84048 Mainburg
Dr. Karl Pöschl, 84048 Mainburg
Christian Prasch, 93309 Kelheim
Heinz Reiche, 93309 Kelheim
Werner Reichl, 93333 Neustadt a. d. Donau

traf um 14:05 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Thomas Reimer, 93333 Neustadt/Donau
Josef Reiser, 84048 Mainburg
Peter-Michael Schmalz, 84085 Langquaid
Gertraud Schretzlmeier, 93326 Abensberg

traf um 14:10 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein und verließ die Sitzung
um 16:13 Uhr bei TOP 5.

Thomas Schug, 93326 Abensberg
Alois Schweiger, 93333 Neustadt/Donau
Annette Setzensack, 84048 Mainburg
Simon Steber, 93326 Abensberg

traf um 14:12 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Angela Steinberger, 93309 Kelheim
Franz Stiglmaier, 84091 Attenhofen
Rupert Treitinger, 93333 Neustadt/Donau
Ludwig Wachs, 93077 Bad Abbach

verließ die Sitzung um 16:34 Uhr
bei TOP 7.

Dr. Gudrun Weida, 93309 Kelheim
Johanna Werner-Muggendorfer,
93333 Neustadt/Donau
Karsten Wettberg, 84094 Elsendorf

traf um 14:05 Uhr bei TOP 1 zur
Sitzung ein.

Karl Zettl, 93333 Neustadt/Donau
Claudia Ziegler, 93326 Abensberg
Richard Zieglmeier, 93326 Abensberg
Fritz Zirngibl, 93356 Teugn

FEHLENDE KREISRÄTE:

Dr. Uwe Brandl, 93326 Abensberg
Hannelore Langwieser, 84048 Mainburg
Manfred Weber, 93359 Wildenberg

entschuldigt.
entschuldigt.
entschuldigt.

SCHRIFTFÜHRER: Verw.-Angestellte Johanna Wierl

AUSSERDEM WAREN ANWESEND:

ORRin Astrid Heuberger, ORRin Ulrike Dettenhofer, RRin Monica Brandl, RR Dennis Krause, Kreiskämmerer Reinhard Schmidbauer, Stellv. Kreiskämmerer Thomas Stadler, Geschäftsleiter Johann Auer, V.-Ang. Dieter Studenik, RAR Heinz Pirthauer, VR Josef Neumeier, Kreisrechnungsprüfer VAR Josef Gassner, Personalrat Erwin Ranftl, V.-Ang. Manuela Endl, Pressesprecher Heinz Müller

Von der Ilmtalklinik Pfaffenhofen: Geschäftsführer Dr. Marcel John, Kreisrechnungsprüfer Christian Degen

Von der Goldberg-Klinik Kelheim: Geschäftsführerin Dagmar Reich, Prokurist Franz Kellner

BESCHLUSSFÄHIGKEIT NACH ART. 41 ABS. 2 LKRO WAR GEGEBEN.

Die Sitzung war öffentlich - nicht öffentlich

1. Landkreishaushalt 2015
2. Feststellung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim einschließlich der Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Sondervermögens des Landkreises "Krankenhaus Kelheim" und "Krankenhaus Mainburg"
3. Entlastung für die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim sowie für den Jahresabschluss des Sondervermögens (2013) des Landkreises Kelheim "Krankenhaus Kelheim" und "Krankenhaus Mainburg"
4. Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung
5. Satzung des Landkreis Kelheim über den Zugang zu Informationen der Landkreisverwaltung vom 17.12.2012 (Informationsfreiheitssatzung)
6. Besetzung des ÖPNV-Ausschusses des Kreistages Kelheim (Art. 30 Abs. 1 Nr. 11 LKrO)
7. Antrag der Bayernpartei vom 13.11.2014 auf Behandlung des Themas „Asylpolitik im Landkreis: Unterbringung, Kosten, Integration“
8. Antrag der OEDP vom 30.11.2014 auf Beschlussfassung einer Resolution in Sachen des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA
9. Sonstige Kreisangelegenheiten

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Kreistages (Haushalt 2015) am 15.12.2014, 14:00 Uhr, im großen Sitzungssaal (Zi. Nr. 124) des Landratsamtes Kelheim.

Landrat Dr. Faltermeier eröffnete die Sitzung. Gegen die Ladung und die Tagesordnung wurden keinerlei Einwendungen erhoben. Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Dr. Faltermeier folgenden Kreisrätinnen und Kreisräten zu Geburtstagen: Dr. Gudrun Weida, Thomas Reimer, Fritz Zirngibl, Edgar Fellner, Fritz Mathes, Martin Neumeyer und Karsten Wettberg. Landrat Dr. Faltermeier wies darauf hin, dass ein Aufnahme- und Filmverbot besteht.

Beschluss-Nr. 205: Landkreishaushalt 2015

Landrat Dr. Faltermeier dankte zu Beginn der Haushaltssitzung der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit, sowie auch den Mitgliedern des Kreistages für die Haushaltsvorberatungen. Von den Fachausschüssen liegen Empfehlungsbeschlüsse für folgende Bereiche vor: Personal, Umwelt, Soziales und Gesundheit, ÖPNV und Jugendhilfe. Des Weiteren wurde der Haushaltsentwurf in zwei Kreisausschusssitzungen, in zwei Fraktionssprechersitzungen und bei den jeweiligen Fraktionen beraten. Landrat Dr. Faltermeier ging in seiner Haushaltsrede auf die immensen Anstrengungen und Leistungen des Landkreises in den letzten Jahren ein, vor allem im Bereich Bildung, diese können sich wahrlich sehen lassen. Bei der Bildungsoffensive beläuft sich das Gesamtinvestitionsvolumen auf fast 100 Mio. € für den Zeitraum der letzten 20 Jahren. Es wird daher zunehmend schwieriger den Spagat zwischen möglichst geringen Kreisumlagen einerseits und dem nachhaltigen Investitionsbedarf und der Erfüllung der laufenden Aufgaben des Landkreises andererseits zu schaffen. Gleichzeitig aber die Verschuldung und die zukünftigen Anforderungen des Fiskalpaktes im Auge zu behalten. Die Rückmeldungen der Fraktionen wiesen jedoch den Weg für eine geringere Kreisumlagerhöhung auf 50 %-Punkte. Den Landkreishaushalt bestimmen daher fast ausschließlich Pflichtaufgaben. Bei den freiwilligen Leistungen, welche nach ausführlicher Beratung und Abwägung in den Landkreisgremien beschlossen werden, übt der Landkreis äußerste Zurückhaltung und wird hierbei in vielen Bereichen seiner gesellschaftspolitischen Aufgabe gerecht. Der zur Beschlussfassung vorliegende Haushaltsentwurf mit einem um 1%-Punkt erhöhten Kreisumlagehebesatz von 50 %-Punkten enthält alle beschlossenen Investitionen, Einsparungen und Finanzierungslösungen, und somit Überlegungen, um einer noch höheren Verschuldung zumindest weitgehend entgegen steuern zu können. Die Erhöhung des Kreisumlagesolls (+2,14 Mio. €) bzw. -hebesatzes auf 50 %-Punkte kann die Belastungen des Haushaltsjahres 2015 nicht vollständig abdecken. Es verbleibt eine geplante Neuverschuldung des Landkreises Kelheim von ca. 3,9 Mio. €. Der Schuldendienst ist mit insgesamt 3,2 Mio. € veranschlagt und beansprucht somit ca. 3,2 %-Punkte Kreisumlage. Ab 2016 zeigt sich aus heutiger Sicht eine Entspannung des Einnahmebedarfes auf. Die umfangreichen Aufgaben des Landkreises bedürfen einer schlagkräftigen Verwaltung mit motiviertem Personal. Der Landkreis stellt auch einen wichtigen Arbeitgeber für die Region dar. Der Generationenwechsel im

Personalbereich der Landkreisverwaltung erfordert deshalb weiterhin entsprechende Anstrengungen, um qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen. Das beschlossene Personalentwicklungskonzept sieht u. a. eine verstärkte Ausbildung durch den Landkreis vor, damit auch in Zukunft genügend Fachpersonal zur Verfügung steht. Leider geht die Schere zwischen Aufgaben und Personalausstattung immer weiter auseinander, einerseits durch ständig steigende Aufgabenzuweisung durch EU, Bund und Land und andererseits Personalstopp durch den Freistaat Bayern. Auch im Jahr 2015 wird die Bildungs-Offensive mit großen Investitionen fortgesetzt. Der Landkreis baut das Bildungsangebot für seine Schüler weiter aus, z. B. Realschule Mainburg mit 2-fach Sporthalle. Die im Haushalt 2015 vorgesehenen Bildungs-Investitionen in Höhe von 7,4 Mio. € sind ein weiterer Baustein für optimales Lernen und die berufliche Zukunft unserer Kinder. Sie, als Kreistagsmitglieder, haben im Kreistag die notwendigen Beschlüsse gefasst und die entsprechenden Haushaltsmittel zukunftsgerichtet zur Verfügung gestellt. Die unaufhörlich steigenden Sozialausgaben im Landkreishaushalt in Höhe von 40,94 Mio. € bzw. ungedeckte Kosten von ca. 32,63 Mio. € - dies entspricht 2/3 des Kreisumlagesolls von 49,4 Mio. € - bestimmen die Landkreishaushalte nach wie vor. Trotz erster Entlastungsbemühungen des Bundes durch die vollständige Kostenerstattung z.B. bei der Grundsicherung seit 2014 und sehr guter Konjunktur- und Arbeitsmarktzahlen, steigen die Sozialausgaben. Mit ständig neuen Forderungen und Ausgaben ohne vollständige Kostenerstattung – auch für zusätzliches Personal – muss Schluss sein (Stichwort „Bundesleistungsgesetz“). Nach spürbarem Rückgang der Fallzahlen in den Vorjahren zeigt sich im Bereich HARTZ IV trotz regional stabilem und aufnahmefähigem Arbeitsmarkt und der stetigen Bemühungen der Arbeitsvermittler im Jobcenter, dass vor allem Langzeitarbeitslose nur sehr bedingt wieder den Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen. Die ungedeckten Jugendhilfekosten (ohne Personalkosten/Sozialkosten 2,0 Mio. €) steigen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 0,3 Mio. € auf 7,1 Mio. €. Auch die Sachbearbeitung für die sog. „uM“ (unbegleitete Minderjährige/Asylbewerber) bindet zunehmend Personal im Jugendamt, dessen Kosten jedoch nicht entsprechend durch den Staat/Bund erstattet werden. Mehr denn je braucht eine stetig älter werdende Gesellschaft eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Die stationäre Versorgungsfunktion für die Landkreisbewohner nehmen unsere Kreis-Kliniken in Kelheim und in Mainburg trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen vorbildlich wahr. Die Errichtung und der Betrieb der erforderlichen Krankenhäuser sind und bleiben auch in Zeiten von äußerst schwierigen gesundheitspolitischen Vorgaben eine Pflichtaufgabe, die der Landkreis Kelheim auch weiterhin erfüllen wird. Das bestehende „Erlös-Strukturproblem“ und anstehende Investitionen zwingen viele kommunale Träger - trotz staatlicher Investitionsförderung - die wachsenden Defizite auszugleichen. Die geplanten zukünftigen Investitionen der Goldberg-Klinik GmbH (z. B. Abbruch/Neubau B-Bau/BA IV) und beim Krankenhaus Mainburg (Betriebsstätte der Ilmtalklinik GmbH) werden durch Bürgerschaftsübernahmen des Landkreises Kelheim und Darlehensaufnahme durch die GmbHs bewerkstelligt. Wir haben weiterhin Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote in unserem Landkreis beträgt aktuell 2,2 % und liegt damit um 1,7 %-Punkte niedriger als im Januar 2014. Das restriktiv veranschlagte Budget für Gebäudeunterhaltungs- und Energieeinsparmaßnahmen soll neben energetischen Maßnahmen u. a. auch Maßnahmen zum Aktionsplan Inklusion, d. h. zur Barrierefreiheit, ermöglichen. Die erfolgreichen Handlungskonzepte „Energie+Klima 2020 Landkreis Kelheim“ und

„Bildungs- und Energienetz“ werden fortgesetzt. Das Gesamtvolumen des Kommunalen Finanzausgleichs 2015 in Bayern soll um 3,1 % bzw. 248,5 Mio. € auf insgesamt 8,29 Milliarden € steigen und erreicht damit ein neues Rekordvolumen. Die positive Konjunktorentwicklung der letzten Jahre spiegelt sich vor allem bei der Steuer- bzw. Umlagekraft der Kommunen wider. Die vorläufige Umlagekraft des Landkreises wird (nach starkem Anstieg in 2014 + 10,3 %) im Jahr 2015 „lediglich“ um 2,4 % steigen. Durch die Erhöhung der Bezirksumlage um 1,5 %-Punkte von 19,5 %-Punkte auf 21,0 %-Punkte und aufgrund der Umlagekraftsteigerung i.H.v. +2,4 % wird sich die vom Landkreis Kelheim zu zahlende Bezirksumlage von 18,83 Mio. € in 2014 um 1,94 Mio. € auf insgesamt 20,77 Mio. € erhöhen. Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich geschätzt um 1,01 Mio. € auf insgesamt 15,35 Mio. €. Die an den Freistaat Bayern zu zahlende Krankenhausumlage bleibt geschätzt unverändert bei insgesamt 2,00 Mio. €. D. h. mit einem entsprechend hohen Kreisumlagesoll und mit einer Erhöhung des Hebesatzes von derzeit 49 %-Punkte auf 50 %-Punkte (+ 1 %-Punkte, + 2,14 Mio. €) auf insgesamt 49,4 Mio. € können dem Vermögenshaushalt noch ausreichend Finanzmittel zur Bewältigung der Investitionen zugeführt werden. Die Investitionstätigkeit des Landkreises ist seit Jahren sehr gut. Für die umfangreichen Maßnahmen des Haushaltsjahres 2015 haben die Kreisgremien die notwendigen Beschlüsse gefasst. Auch für den Straßenbau sind insgesamt 1,7 Mio. € im Investitionsprogramm veranschlagt. Davon sind für die KEH 31, Kreisverkehr und Straßenumbau Schulzentrum Mainburg 400.000,00 €, für die KEH 10, Oberbauverstärkung Hausen – Langquaid 755.000,00 € und auch 560.000,00 € für Deckenerneuerungen vorgesehen. Erwähnt hat Landrat Dr. Faltermeier den Baubeginn der Realschule Mainburg mit 2-fach Sporthalle (insg. 13,6 Mio. €) und den nach jahrelangen Planungen und Entscheidungen im April 2014 begonnenen Neubau des Landratsamtsgebäudes (insg. 16,5 Mio. €). Die zu erwartenden Einsparungen bei der Realschule Mainburg bzw. beim Neubau des Landratsamtsgebäudes werden somit erst 2016 bei den Veranschlagungen greifen. In den Jahren 2006 bis 2010 konnte der Landkreis seinen Schuldenstand verringern. Von 2011 bis 2013 verblieb der Schuldenstand weitgehend konstant bei aktuell 27,85 Mio. €. Wiederum aufgrund der äußerst umfangreichen zu finanzierenden Investitionstätigkeit des Landkreises sind im Haushalt 2015 insgesamt 6,4 Mio. € Kreditaufnahmen vorgesehen (= 3,9 Mio. € Netto-Neuverschuldung). Die prognostizierte Verschuldung zum Jahresende 2015 wird damit bei ca. 35,8 Mio. € liegen. Für den Schuldendienst, d.h. für Zins und Tilgung, müssen jährlich rund 3,2 Mio. € bzw. ca. 3,2 %-Punkte Kreisumlage aufgewendet werden, die den Finanzrahmen des Landkreises einschränken.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist wiederum eine Steigerung des Gesamtvolumens zu 2014 aus, mit der Folge des bislang höchsten Gesamtvolumens des Landkreises: Fast 117 Mio. €. Der Finanzbedarf der enormen Aufgabenstellungen spiegelt sich hierin wider.

Die originären Ausgaben des Verwaltungshaushaltes erhöhen sich im Vergleich zu 2014 um ca. 5,7 Mio. € auf insgesamt 95,9 Mio. €. Der Rekord-Vermögenshaushalt erhöht sich um 1,4 Mio. € auf insgesamt 21,1 Mio. €.

Der Haushaltsentwurf wurde wie in den Vorjahren, dennoch sparsam und solide kalkuliert. Die Haushaltsplanung ist leider nur mit entsprechender Neuverschuldung und mit einer Erhöhung der Kreisumlage möglich, da u.a. die Erhöhung der Bezirksumlage und die Finanzierung der Investitionen geschultert werden müssen. Landrat Dr. Faltermeier bat um Zustimmung und Mittragung des Haushaltsentwurfes.

Fraktionssprecher Gural konzentrierte sich auf einige Themenschwerpunkte und erklärte, dass die CSU-Fraktion die Haushaltssatzung mit 50 %-Punkten mittragen werde. Er führte aus, dass es „realistische Schulden“ im Haushalt seien. Den Unternehmen und Gemeinden aus der Region dankte er und wies auf die fast Vollbeschäftigung hin. Sein Dank gilt auch Kreiskämmerer Schmidbauer, da er in der Fraktionssitzung Rede und Antwort stand. Die Pannen, die bei der Umfrage bezüglich der Mobilitätsstudie passiert sind, fand er bedauernswert. Besorgniserregend ist in seinen Augen allerdings die Bezirksumlage. Eine gute Investition sei der Kauf des Grundstückes im Donaupark für das neue Landratsamtsgebäude. Bezüglich der Krankenhäuser seien die Investitionen gerechtfertigt und die Partei stehe hinter den Krankenhäusern, so Kreisrat Gural.

Fraktionssprecher Dürr erklärte, dass viel in den Sitzungen diskutiert wurde. Rekord-Ausgaben und –Schulden von 117 Mio. € kommen u. a. Zustände im Bereich Bildungs-Offensive, Neubau des Landratsamtsgebäudes, Generalsanierung der Hauswirtschaftsschule in Abensberg und vieles mehr. Dies sind Aufgaben im eigenen Wirkungskreis. Man bietet den jungen Menschen im Landkreis somit eine gute Perspektive. Die Ausgaben bezüglich der Krankenhäuser belasten uns sehr, aber dies darf nicht auf den Schultern des Krankenhauspersonals ausgetragen werden. Die SPD-Fraktion stehe hinter den Krankenhäusern, ließ Kreisrat Dürr verlauten. Unsere Hausaufgaben muss der Kreistag trotzallem machen. Kreisrat Dürr sprach sich für die Steigerung der Kreisumlage um 1 %-Punkt aus, auf eine Kreisumlage von insgesamt 50 %-Punkten. Die SPD-Fraktion stehe zu den Ausgaben und zu der Verschuldung.

Fraktionssprecher Nowy wies auf die Rekordzahlen für das Haushaltsjahr 2015 hin. Den Ausgaben für die Jugendhilfe, Sozialhilfe und der Schülerbeförderung können wir uns nicht entziehen. Die hohen Personalkosten kommen nicht zustande, weil das Landratsamt überbesetzt sei. Dies liegt an der tariflichen Lohnsteigerung. Er sprach ein Lob aus, dass alle Landkreiseinrichtungen sehr gute Arbeit leisten. Dass die finanzielle Lage der Kliniken kein ausgemachtes Problem sei wissen wir alle, betonte Kreisrat Nowy. Hier müsse die große Politik nachjustieren. Er ging auch auf die Bezirksumlangensteigerung von 1,5 %-Punkte ein. Demzufolge muss auch die Kreisumlage erhöht werden. Der ÖPNV sei gut aufgestellt und hinter der Mittelbereitstellung für den Tourismusverband steht die FW-Partei. Bei den freiwilligen Leistungen ist nicht alles Wünschenswerte umzusetzen. Die Investitionen im Bildungsbereich sind gut angelegt. Der Neubau des Landratsamtes soll nicht unerwähnt bleiben und in diesem Zusammenhang die Erfolgsgeschichte des Donauparkes. Die Freien Wähler werden dem Haushalt mit einem Hebesatz von 50 %-Punkten zustimmen. Er gab aber auch zu verstehen, dass er die Hoffnung habe, die Kreisumlage einmal wieder zu senken.

Die SLU-Fraktion wird der Kreisumlage mit 50 %-Punkten zustimmen, so Fraktionssprecher Reiser. Er habe als Kreisrat und als Bürgermeister zwei Herzen in der Brust. Einerseits die Investitionen des Landkreises und andererseits die der Kommunen. Die Anhebung der Bezirksumlage hat zur Folge, dass die Kreisumlage angehoben werden muss. Die Anhebung lässt sich aber auch auf die hohen Investitionen für den Landkreis zurückführen. Die Verschuldung bezüglich der Krankenhäuser sei nicht zu diskutieren, so Fraktionssprecher Reiser. Der aktuelle Verschuldungsgrad sollte als Obergrenze dienen. Er sprach ein Dankeschön an Kreiskämmerer Schmidbauer aus.

Fraktionssprecher Zieglmeier fand in dem Haushalts-Entwurf zwei Spannungsfelder. Zum einen die Kreisumlage und zum anderen die Verschuldung. Eine Kreisumlage von 51 %-Punkte wurde vorgeschlagen, man hat sich nun auf 50 %-Punkte geeinigt. Eine Belastung stellen unter anderem die Rückzahlungen von Fördermitteln bei der Goldberg-Klinik dar. Bei den Brandschutzmaßnahmen in den Krankenhäusern sei einiges falsch gelaufen, so Kreisrat Zieglmeier. Dies sollte nochmal im Kreisausschuss behandelt werden. Bezüglich des gestellten Antrages der Grünen-Partei machte er nochmals darauf aufmerksam, dass ein Sozialberater für ca. 400 Flüchtlinge zu wenig sei. Demnach bittet er alle Fraktionen und Landrat Dr. Faltermeier sich der Notwendigkeit für die Einstellung eines zusätzlichen Sozialberaters bewusst zu sein.

Fraktionssprecher Schmalz erwähnte die Steigerung der Bezirkumlage. Aufgrund der hohen Verschuldung des Landkreises ist die Kreisumlage mit 50 %-Punkten ein Kompromiss. Die Klagen aus den Reihen von CSU und SPD über die mangelnde Krankenhausfinanzierung konnte der ÖDP-Chef nicht recht nachvollziehen. Daher forderte Schmalz eine möglichst einstimmige Resolution des Kreistages für eine tiefgreifende Reform des Gesundheitswesens. Er meinte auch, dass es nicht viel gebracht habe, die Kliniken in die Selbständigkeit entlassen zu haben. Der Neubau der Realschule in Mainburg und des Landratsamtsgebäudes verliefen gut und haben bis jetzt Einsparungen in Höhe von ca. 1 Mio. € gebracht.

Fraktionssprecher Dr. Bohn ging ebenso kurz auf die Neubauten der Realschule Mainburg und des Landratsamtsgebäudes ein. Es wurden bereits alle Themen ausführlich diskutiert. Jedoch positiv zu erwähnen sei die Jugendhilfe, diese gebe den Jugendlichen eine Zukunftschance. Der Aufwand bzw. die Arbeit für die Jugendhilfe bleibe beim Jugendamt. Er wollte die massive Neuverschuldung des Landkreises wegen der aus seiner Sicht fehlenden Generationengerechtigkeit nicht mittragen. Somit signalisierte Kreisrat Dr. Bohn, dass die Junge Liste nicht für den Haushalt stimmen wird. Die Erhöhung der Kreisumlage hat zur Folge, dass womöglich die Gemeinden auf geplante Projekte verzichten müssen.

Kreisrat Zirngibl machte deutlich, dass die Bayernpartei dem Haushalt nicht zustimmen werde. Die Neuverschuldung in der wirtschaftlich guten Gesamtlage sei nicht zu akzeptieren. In den guten Zeiten sollte man für schlechte Zeiten vorsorgen, meinte Kreisrat Zirngibl. Mit dem Neubau des Landratsamtes sei der Bürgerwille mit Füßen getreten worden. Der Neubau sei seiner Meinung nach nicht der richtige Weg, man hätte sich mit der Sanierung viel Geld sparen können. Die Ausgaben für Asylbewerber seien gegenüber dem letzten Jahr mit einem dreimal höheren Wert veranschlagt laut Unterabschnitt 42 des Haushaltsplanes. Ihm sei auch nicht klar, warum die Asylbewerber nicht arbeiten dürfen. Er will gewisse Themen diesbezüglich offen bereden und diskutieren können.

Aus Sicht der FDP ging Kreisrat Dr. Kroiss kurz auf die Investitionen, die laufenden Ausgaben und die angestiegene Bezirksumlage ein. Er lege den Fokus auf die Defizite der Krankenhäuser. Mit dem Krankenhaus Maltersdorf brachte er ein Beispiel, dass diese schwarze Zahlen schreibt. Die Rahmenbedingungen der Krankenhäuser seien schwierig. Wir brauchen das Interesse vom Kreistag, dem Aufsichtsrat und von der Öffentlichkeit, damit die Krankenhäuser optimal aufgestellt werden können. Demnach kann er dem diesjährigen Haushalt nicht zustimmen.

Kreisrat Dr. Fischer (Parteilos) gab zu verstehen, dass es kein Traumhaushalt sei, aber wenn jemand den Haushalt ablehnt, müsse man auch Verbesserungsvorschläge bringen. Wenn die Kreisumlage noch weiter erhöht werden würde, sei dies nicht

vertretbar. Er erklärte, was wir in der Hand haben sei die Ausgabenseite. Vorallem die Krankenhausgrundversorgung sollte im Landkreis bleiben. Zum Thema Asyl gab er zu verstehen, dass es mehr Asylbewerber gibt wie letztes Jahr und dadurch die Kosten gestiegen seien. Er stimme dem Haushalt zu.

Kreisrat Listl sei von den verschiedenen Fraktionen enttäuscht. Die finanziellen Probleme der Krankenhäuser seien kein Strukturproblem, sondern es fehle aus seiner Sicht das Geschäftsmodell. Er sprach ein Lob an Kreiskämmerer Schmidbauer aus.

Wie der Antrag der Grünen bezüglich eines zweiten Asylsozialberaters nun behandelt wird, wollte Kreisrat Zieglmeier wissen. Kreisrätin Lettow-Berger erklärte, dass ein Asylsozialberater für über 400 Asylbewerber zu wenig sei. Es sei frustrierend, dass die Verantwortung immer weiter gegeben wird und niemand dafür verantwortlich sei. Kreisrat M. Faltermeier ließ verlauten, dass – der Kreistag – die Maßnahmen beschlossen hätte und er damit dem Haushalt zustimme. Kreisrat Zieglmeier dankte, dass auf der Schiene der Wohlfahrt etwas voran gehe. Er zieht seinen Antrag zurück und möchte diesen verschieben. Stellv. Landrat Neumeyer erläuterte unter diesem Aspekt, dass es sechsmal so viele unbegleitete Jugendliche Asylbewerber gibt als letztes Jahr. Es wurden nun 80 % Unterstützung von der Bayerischen Staatsregierung zugesichert. Dadurch wurde auch der Personalhaushalt durcheinander gebracht. Es wäre sinnvoll die Aufgabenverteilung zusammen mit den Sozialverbänden zu vereinbaren. Diesen Vorschlag findet Kreisrat Blascheck sehr sympatisch und er würde noch Sprechzeiten in den Gemeinden anbieten für Asylbewerber um entsprechende Strukturen zu schaffen. Kreisrätin Lettow-Berger könnte sich mit diesem Gedanken des Zusammenschlusses mit Sozialverbänden anfreunden. Sie bittet nochmals dieses Thema nicht auf die lange Bank zu schieben. Es erging folgender

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2015 (Anlage 1) einschließlich Haushalts-, Finanz- und Stellenplan wird auf der Basis eines Kreisumlagehebesatzes von 50,0 %-Punkten beschlossen. Entgegenstehende Anträge sind damit abgelehnt.

Dafür: 53 Dagegen: 5

Beschluss-Nr. 206: Feststellung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim einschließlich der Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Sondervermögens des Landkreises "Krankenhaus Kelheim" und "Krankenhaus Mainburg"

Landrat Dr. Faltermeier erteilte das Wort dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Kreisrat Dürr. Kreisrat Dürr erläuterte den Tagesordnungspunkt. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistages Kelheim hat in seiner Sitzung den Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim einschließlich der Prüfung des Sondervermögens des Landkreises „Krankenhaus Kelheim“ und „Krankenhaus Mainburg“ vollinhaltlich anerkannt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim in öffentlicher Sitzung festzustellen und die über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu genehmigen.

Gleichzeitig empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss dem Kreistag, die Jahresabschlüsse 2013 der Sondervermögen des Landkreises Kelheim für die Krankenhäuser Kelheim und Mainburg festzustellen sowie in Höhe des jeweiligen Jahresfehlbetrages (Krankenhaus Kelheim: - 15.427,00 €; Krankenhaus Mainburg: - 43.118,00 €) die Entnahme aus der Kapitalrücklage zu genehmigen.

Es liegt ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss des Kreisrechnungsausschusses vor.

Die Feststellungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen. Er nannte einige Beispiele, welche Prüfungsfeststellungen abgearbeitet wurden. Sein Dank gilt allen Abteilungen, den Ausschussmitgliedern und dem Kreisrechnungsprüfer Gassner. Die Kreisräte Dr. Bohn und Maier waren bei der Abstimmung nicht im Raum. Es erging folgender

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim wird festgestellt und die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt.

Gleichzeitig werden die Jahresabschlüsse 2013 der Sondervermögen des Landkreises Kelheim für die Krankenhäuser Kelheim und Mainburg festgestellt sowie in Höhe des jeweiligen Jahresfehlbetrages die Entnahme aus der Kapitalrücklage genehmigt.

Dafür: 55 Dagegen: 1

Beschluss-Nr. 207: Entlastung für die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim sowie für den Jahresabschluss des Sondervermögens (2013) des Landkreises Kelheim "Krankenhaus Kelheim" und "Krankenhaus Mainburg"

Landrat Dr. Faltermeier gab bei diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz an Stellv. Landrat Neumeyer aufgrund seiner persönlichen Beteiligung ab und nahm nicht an der Abstimmung teil. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Kreisrat Dürr erläuterte kurz diesen Tagesordnungspunkt. Gründe, die der Entlastung für die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim sowie für das Sondervermögen des Landkreises Kelheim „Krankenhaus Kelheim“ und „Krankenhaus Mainburg“ entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Prüfungsbemerkungen für das Jahr 2013 wurden durch Stellungnahmen der Sachgebiete beantwortet und in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.11.2014 abschließend behandelt. Es liegt ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss des Kreisrechnungsausschusses vor. Die Kreisräte Dr. Bohn und Maier waren bei der Abstimmung nicht im Raum. Es erging folgender

Beschluss:

Für die Jahresrechnung 2013 des Landkreises Kelheim sowie für den Jahresabschluss 2013 des Sondervermögens des Landkreises Kelheim „Krankenhaus Kelheim“ und „Krankenhaus Mainburg“ wird die Entlastung erteilt.

Dafür: 55 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 208: Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung

Landrat Dr. Faltermeier und RAR Pirthauer erläuterte diesen Tagesordnungspunkt. RAR Pirthauer gab einen kurzen Einblick bezüglich den Änderungen in der Abfallwirtschaftssatzung. Kreisrat Schmalz ließ verlauten, dass er wegen der Änderung von $\frac{1}{2}$ m³ auf $\frac{1}{4}$ m³ Bauschuttmenge in Wertstoffhöfe nicht zustimmen werde. Die Kreisrätinnen und Kreisräte Dr. Weida, Werner-Muggendorfer, Brücklmaier und Prasch waren bei der Abstimmung nicht im Raum. Es erging folgender

Beschluss:

Die beiliegende Satzung (Anlage 2) über Vermeidung, Verwertung und sonstige Bewirtschaftung von Abfällen im Landkreis Kelheim (Abfallwirtschaftssatzung) wird beschlossen.

Dafür: 48 Dagegen: 6

Beschluss-Nr. 209: Satzung des Landkreis Kelheim über den Zugang zu Informationen der Landkreisverwaltung vom 17.12.2012 (Informationsfreiheitssatzung)

Landrat Dr. Faltermeier erläuterte diesen Tagesordnungspunkt. Kreisrat Schmalz brachte seine Meinung zum Ausdruck und bittet darum, dass diese Satzung verlängert werden soll. Warum diese gestrichen wird, war Kreisrätin Lettow-Berger nicht ganz schlüssig. Diese Informationsfreiheitssatzung kann doch für Interessierte immer benötigt werden. Landrat Dr. Faltermeier erklärte, dass jeder Bürger eine gute und vernünftige Auskunft bekäme und diese Satzung nicht mehr erforderlich sei. Kreisrätin Setzensack meinte, dass grundsätzlich alle das Recht auf Auskunft haben sollten und nicht nur die Personen, die persönlich beteiligt seien. Im Landratsamt wird das nicht so gehandhabt, so Landrat Dr. Faltermeier. Kreisrat Schug sprach sich für die Beibehaltung der Satzung aus, ist aber positiv überrascht, dass die Bürger auch ohne Satzung Auskunft erhalten. Es erging folgender

Beschluss:

Aus Gründen der Entbürokratisierung, Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung werden die Satzung über den Zugang zu Informationen der Landkreisverwaltung (Informationsfreiheitssatzung) vom 17.12.2012 und die Satzung über die Erhebung von

Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich, Tarifgruppe 00, Tarif-Nr. 007 (Zugang zu Informationen nach der Informationsfreiheitssatzung) nicht mehr verlängert. Sie treten mit Ablauf des 31.12.2014 außer Kraft.

Der Antrag der OEDP vom 13.10.2014 ist dadurch abgelehnt.

Dafür: 33 Dagegen: 23

Beschluss-Nr. 210: Besetzung des ÖPNV-Ausschusses des Kreistages Kelheim (Art. 30 Abs. 1 Nr. 11 LKrO)

Landrat Dr. Faltermeier erläuterte diesen Tagesordnungspunkt. Es erging folgender

Beschluss:

Beim ÖPNV-Ausschuss wird für das reguläre Mitglied Herrn Kreisrat Rupert Treitinger als Stellvertreter Herr Kreisrat Werner Reichl bestellt.

Dafür: 56 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 211: Antrag der Bayernpartei vom 13.11.2014 auf Behandlung des Themas „Asylpolitik im Landkreis: Unterbringung, Kosten, Integration“

Landrat Dr. Faltermeier erläuterte diesen Tagesordnungspunkt. Kreisrat Zirngibl erkundigte sich, wie die Asylpolitik im Landkreis gehandhabt wird und er sagte, dass zurzeit einiges falsch laufen würde. Er sei für die dezentrale Unterbringung. Landrat Dr. Faltermeier erläuterte, dass es sich beim Antrag der Bayernpartei weitgehend um eine staatliche Angelegenheit handelt, die das Landratsamt als Staatsbehörde wahrnimmt und somit der Behandlung durch den Kreistag entzogen ist. Die Kreistagsmitglieder Ziegler, Mathes und Dr. Fischer waren bei der Abstimmung nicht im Raum. Es erging folgender

Beschluss:

Der Antrag wird nicht behandelt.

Dafür: 49 Dagegen: 1

Beschluss-Nr. 212: Antrag der OEDP vom 30.11.2014 auf Beschlussfassung einer Resolution in Sachen des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA

Landrat Dr. Faltermeier erläuterte diesen Tagesordnungspunkt und wies auf die Behandlung im Kreisausschuss hin. Kreisrat Schmalz erläuterte nochmals seine Gründe für die Antragstellung. Bei der Haushaltsberatung habe man zuvor für den

Erhalt der Krankenhäuser Kelheim und Mainburg appelliert, aber dass auch diese Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge von TTIP negativ beeinflusst werden können, warnte Kreisrat Zieglmeier. Kreisrat Gural fühle sich von den Spitzenverbänden gut vertreten. Diese Meinung teilte auch Kreisrat Dürr und sagte, dass dieser Antrag zuerst im Kreisausschuss behandelt werden sollte. Der Deutsche Städtetag empfiehlt sogar solche deutlichen Signale bezüglich Resolution zu setzen, erklärte Kreisrätin Setzensack. Kreisrat Gural machte klar, dass ihn kein Wortbeitrag überzeugt hätte. Er fühle sich von den Verbänden gut vertreten und eine nochmalige Beratung im Kreisausschuss finde er für überflüssig. Landrat Dr. Faltermeier appellierte, dass sich jeder einzelne über den Jahreswechsel nochmals Gedanken machen sollte. Dem stimmte Kreisrat Pöppel zu, dass man sich vor einer Abstimmung gut informieren sollte. Kreisrat Reiser stellte den Antrag, dass dieser Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreisausschusssitzung vertagt werden soll. Einverständnis dazu bestand von Seiten des Kreisrates Schmalz. Landrat Dr. Faltermeier schlug als Beschlussvorschlag die Verweisung auf den Kreisausschuss vor. Es erging folgender

Beschluss:

Der Antrag der OEDP wird an den Kreisausschuss verwiesen.

Dafür: 50 Dagegen: 3

Beschluss-Nr. : Sonstige Kreisangelegenheiten

Keine Wortmeldung.

Die Sitzung war um 16:45 Uhr beendet.

Landrat	1. Stv. Landrat (Sitzungsleitung bei TOP 207)	Protokollführer
Dr. Faltermeier	Neumeyer	Wierl